



Medienkonferenz zum Massnahmenplan „Integration konkret 2014-2017“  
Mittwoch, 8. Januar 2013

REFERAT VON URSULA HEITZ, LEITERIN KOMPETENZZENTRUM INTEGRATION

*[Es gilt das gesprochene Wort.]*

Sehr geehrte Medienschaffende  
Liebe Gemeinderätin Franziska Teuscher

Ich blicke heute auf ein Jahr intensive Arbeit zurück: Die Erarbeitung des Massnahmenplans „Integration konkret 2014-2017“ war für das Kompetenzzentrum Integration eine spannende, herausfordernde, manchmal anstrengende, letztlich aber bereichernde Aufgabe.

Frau Teuscher hat es gesagt – „Integration konkret 2014-2017“ ist ein Massnahmenplan der Verwaltung. Unter der Leitung des Kompetenzzentrums Integration (KI) haben die fünf Direktionen der Stadtverwaltung mit einer grossen Anzahl von Abteilungen am Erarbeitungsprozess mitgewirkt. Auch die Migrationsbevölkerung sowie im Bereich Integration Tätige haben wir einbezogen und die Fachkommission für Integration hat den Prozess fachlich begleitet.

Diesen partizipativen Weg haben wir bewusst gewählt. Im Rahmen des Erarbeitungsprozesses haben sich alle beteiligten Abteilungen und Mitarbeitenden die Frage gestellt, was ihre Arbeit mit Integration zu tun hat und wer das Zielpublikum ihrer Dienstleistungen ist.

Gerne möchte ich Ihnen kurz erläutern, wie wir vorgegangen sind, um den vorliegenden Massnahmenplan zu erarbeiten. Ich möchte, dass Sie verstehen, warum Integration nicht einfach der Job meiner Stelle, des Kompetenzzentrums Integration ist:

In einem Grundlagenbericht verschafften wir uns einen Überblick über Handlungsbedarf, Lücken und Beispiele guter Praxis. Danach haben wir Personen aus der Migrationsbevölkerung und Vertreterinnen und Vertreter von Fachinstitutionen eingeladen, um ihre Anliegen und Einschätzungen einzubringen. Mit diesem Wissen im Rucksack haben wir mehr als 40 Mitarbeitende aus über 30 ver-

schiedenen städtischen Stellen eingeladen. Gemeinsam haben wir in Workshops Ideen generiert, Bestehendes gesammelt und Zuständigkeiten geklärt. Daraufhin hat das KI in Zusammenarbeit mit den einzelnen Stellen die vorliegenden Massnahmen formuliert, welche danach bei den Direktionen und Abteilungen in die Vernehmlassung geschickt wurden. Nach Überarbeitung des Massnahmenplans aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen hat der Gemeinderat im November „Integration konkret 2014-2017“ verabschiedet.

Dieser intensive von Gesprächen geprägte Prozess ist Ausdruck des Integrationsverständnisses, das wir in der Stadt Bern pflegen, und das Franziska Teuscher bereits erläutert hat: Integration findet im Alltag statt – in der Schule oder am Schalter, im Ausgang oder im Deutschkurs. Deshalb ist Integration Aufgabe der gesamten Stadtverwaltung, weil alle Stellen Dienstleistungen für die vielfältige Stadtberner Bevölkerung erbringen.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung bedanken, die sich an diesem Prozess beteiligt haben. Nur dank dieser Zusammenarbeit, die von allen viel Zeit, Bereitschaft und Offenheit verlangte, können wir Ihnen heute „Integration konkret 2014-2017“ vorstellen.

Ich möchte nun gerne detaillierter auf die einzelnen Handlungsfelder und Schwerpunkte eingehen:

„Integration konkret 2014-2017“ umfasst acht Handlungsfelder. Sieben davon wurden bereits im Leitbild, um dessen Ziele und deren Umsetzung es hier ja geht, definiert. Das achte Handlungsfeld ist neu dazugekommen und heisst „Integration als Querschnitt- und Führungsaufgabe“. Gerne fange ich damit an:

#### 1. Integration als Querschnitt- und Führungsaufgabe

Es geht bei diesem Handlungsfeld darum, Integration als Querschnitt – und Führungsaufgabe noch stärker zu verankern. Konkret geschieht dies mittels Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden (1 und 7 massgeschneiderte Schulungen, 2 Führungsgrundausbildung, 3 schriftliche Informationen). Vorgesehen ist auch ein verwaltungsinterner Dienstleistungscheck (4), mittels dem einzelne Abteilungen die Zugänglichkeit ihrer Angebote für die Migrationsbevölkerung überprüfen können.

#### 2. Bildung, Sprache und Erziehung

Im Bereich Bildung, Sprache und Erziehung will die Stadt Bern insbesondere die Startchancen von Kindern und Jugendlichen weiter verbessern. Sie treibt deshalb ihre Anstrengungen im Bereich Frühförderung (12) voran und optimiert die Zusammenarbeit zwischen schulischen Institutionen und den Eltern (8, 9, 10, 11).

### 3. Erwerbsarbeit

Der Arbeitsmarkt gilt ja gemeinhin als Integrationsmotor. Das ist korrekt, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Migrantinnen und Migranten keine Stelle finden, die ihren Qualifikationen entspricht und häufiger in prekären Anstellungen tätig sind. Die Stadt Bern will hier deshalb auf verschiedenen Ebenen tätig sein: Die Stadt will noch vermehrt, vor allem auch im qualifizierten Bereich, eine attraktive Arbeitgeberin sein für Personen aus der Migrationsbevölkerung (17 und 23 Schulungen und Sensibilisierung der Personaldienste und Linienvorgesetzten, 18 Lehrstellen, 19 Deutschkurse für fremdsprachige Mitarbeitende, 21 Mentoring). Ausserdem soll verstärkt ein Fokus auf die Anliegen und Potenziale von Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Migrationsbevölkerung gelegt werden (25 Fokusgruppengespräche, 26 Veranstaltungsreihe).

### 4. Freizeit, Kultur und Sport

Im Leitbild wurde als Ziel formuliert, dass die Migrationsbevölkerung Sport- und Freizeitaktivitäten sowie Kulturangebote als eine Möglichkeit zur Integration und Begegnung nutzt. Im Rahmen des Massnahmenplans sollen weiter Schwellen gesenkt werden beim Zugang zu diesen Angeboten – beispielsweise indem neue Informationswege gesucht werden zu Freizeitangeboten (27 mobiles Infoangebot des Fägers) Sportaktivitäten (29 Präsentation im öffentlichen Raum, Überarbeitung schriftlicher Informationen) und Kulturförderung (33). Ein weiterer Fokus liegt auf dem Thema Einlassverweigerung in Clubs, Bars und Discos. Hier wird die Gewerbepolizei die bisherigen Arbeiten intensivieren (32).

### 5. Gesundheit

Das Handlungsfeld Gesundheit enthält wenig Massnahmen – nicht etwa weil dem Thema ungenügend Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre. Vielmehr ist es so, dass hier die Verantwortung der Stadt relativ beschränkt ist und gleichzeitig die Aufgaben sehr breit gefächert sind und deshalb in anderen Handlungsfeldern Eingang gefunden haben (bspw. Primano, Schulsozialarbeit, Sport und Bewegung etc.). Ein besonderes Augenmerk will die Stadt auf die Elternarbeit

zu den Themen Ernährung und Bewegung legen, um Väter und Mütter in ihrer Verantwortung für die kindliche Entwicklung noch besser zu unterstützen (36).

#### 6. Mitwirkung in Politik und Gesellschaft

Franziska Teuscher hat erwähnt, dass die Mitwirkung der Migrationsbevölkerung an Politik und Gesellschaft für uns ein zentraler Bestandteil der Integrationspolitik ist. Im Lauf der nächsten vier Jahre sollen deshalb die Möglichkeiten dazu für die Migrationsbevölkerung noch weiter verbessert werden. Dazu gehört auch das vor kurzem vom Gemeinderat genehmigte Partizipationsreglement, das Ausländerinnen und Ausländern ermöglicht, eine Motion zuhanden des Stadtrats einzureichen (41). Wir wollen ebenfalls etablierte Mitwirkungsinstrumente wie das Forum der Migrantinnen und Migranten (40) oder die Aktionswoche gegen Rassismus (42) beibehalten.

#### 7. Wohn- und Lebensraum

Auch in diesem Bereich geht es unter anderem um Mitwirkung: So sollen nämlich Projektleitende aus dem Bereich und Bau und Planung weiter sensibilisiert werden (49). Ansonsten geht es vor um die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung bei der Planung und Vergabe von Wohnraum (45, 46, 47). Dies geschieht etwa, in dem bei der Entwicklung städtischer Areale auf einen angemessenen Wohnungsmix geachtet wird und dabei ein besonderes Augenmerk auf bezahlbare Familienwohnungen gelegt wird.

#### 8. Information und Kommunikation

Information und Kommunikation ist das Handlungsfeld, welches am meisten Massnahmen umfasst: Vom Massnahmenpaket zu Zwangsheirat (67), über einen Schalter der Steuerverwaltung in den Räumlichkeiten der Einwohnerdienste (70) bis zum Informationspaket für ältere Migrantinnen und Migranten (56). Ein besonderes Anliegen ist es der Stadt, dass die Migrationsbevölkerung sinnvolle und verständliche Informationen zum Leben in Bern erhält – dazu gehört in den kommenden Jahren insbesondere auch die Erstinformation, welche durch das kantonale Integrationsgesetz neu geregelt werden wird (62, 63, 64, 65). Auch die Information der Gesamtbevölkerung (53 Erarbeitung Facts&Figures, 66 Aktionswoche, 54 Information der Statistikdienste) und der Diskriminierungsschutz (71 Leitfaden und Schulungen) sind Elemente dieses Handlungsfelds.

Es ist mir nicht möglich, auf alle Massnahmen einzugehen – das würde den Rahmen der Veranstaltung sprengen. Und dazu haben wir Ihnen die entsprechenden Unterlagen verteilt. Ich hoffe aber, Ihnen mit meinen Ausführungen einige Schwerpunkte des Massnahmenplans nahe gebracht zu haben. Sie haben dabei bemerkt - es sind sehr breit gefasste Massnahmen in den unterschiedlichsten Themen- und Handlungsfeldern . Mit all diesen und noch viel mehr Themen befasst sich die Stadtverwaltung und in all diesen Handlungsfeldern geht es immer auch um Integration.

Für die Stadtverwaltung und ganz besonders für das Kompetenzzentrum Integration ist „Integration konkret 2014-2017“ ein Arbeitsprogramm für die kommenden vier Jahre. Sicherlich werden in dieser Zeit neue Themen dazukommen und andere an Relevanz verlieren – die Verwaltung ist flexibel genug, darauf zu reagieren. Der Massnahmenplan bildet den Rahmen dazu.